

A stylized map of Kosovo composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific locations or points of interest.

Kosovo vor den Parlamentswahlen

Was bringt die dritte Legislaturperiode?

WULF LAPINS | MEVLYDE HYSENI

Juni 2014

- Am 7. Mai hat sich das Parlament in Kosovo aufgelöst, nachdem die parlamentarische Hürde zum Aufbau einer eigenen Armee nicht überwunden werden konnte. Neuwahlen finden am 8. Juni statt.
- Die Einsetzung eines Sondergerichts zur Untersuchung von Kriegsverbrechen in Kosovo könnte eine entscheidende Rolle für das Vorziehen der Wahlen gespielt haben.
- Vordergründig ist der gemeinsame programmatische Nenner der Parteien in diesem Wahlkampf die Konzentration auf den wirtschaftlichen Aufstieg. Rechnerisch sind verschiedene Koalitionen möglich. Bündnisse werden jedoch nicht in erster Linie programmatische Übereinstimmungen reflektieren, sondern Machtbestrebungen des jeweiligen Führungspersonals.
- Die Wahlbeteiligung könnte historisch niedrig ausfallen. Serbische Bürgermeister im Norden des Landes – wo erstmals Parlamentswahlen abgehalten werden – haben die Zentrale Wahlkommission stark kritisiert und bereits mit Wahlboykott gedroht.

Am 7. Mai hat sich das Parlament in Kosovo aufgelöst. Auf Initiative von 57 Abgeordneten aus Regierungs- und Oppositionsparteien wurde an diesem Tag eine außerordentliche Parlamentssitzung für die vorzeitige Beendigung der zweiten Legislatur nach der Unabhängigkeit von 2008 einberufen. 90 Parlamentarier von insgesamt 120 hatten dafür gestimmt, lediglich vier votierten dagegen. Die Verfassung verlangt für den Auflösungsakt nur eine Zweidrittelmehrheit. Wenn nun sogar drei Viertel aller Abgeordneten zustimmten, verdeutlicht dies den sehr großen überparteilichen Konsens, sich im Zuge von Neuwahlen neu positionieren und neue Allianzen eingehen zu wollen sowie den jeweiligen Zustimmungsgang in der Bevölkerung verlässlich neu zu ermitteln. Zwei zentrale Parteien werden sich wahrscheinlich auch mit Blick auf die Einrichtung eines Sondergerichts zur Untersuchung von möglichen Kriegsverbrechen von Kosovo-Albanern für vorgezogene Neuwahlen entschieden haben. Dieser Punkt wird weiter unten thematisiert.

Präsidentin Atifete Jahjaga setzte nach der Parlamentsentscheidung in Absprache mit der Zentralen Wahlkommission (ZWK) die Wahlen auf den 8. Juni fest. Gesetzlich wären die Wahlen im Spätherbst durchgeführt worden.

Hintergrund für die Selbstauflösung war der Entschluss der Mehrparteien-Koalitionsregierung (55 Parlamentssitze) von Ministerpräsident Hashim Thaci vom März, noch in der laufenden Parlamentsperiode die verfassungsrechtlich erforderliche parlamentarische Hürde für den Aufbau einer eigenen Armee zu überwinden. Gegenwärtig verfügen die *Kosovo Security Forces* nur über leicht bewaffnete 2500 Soldaten und 800 Reservisten und sind durch die Verfassung auf Zivilschutzaufgaben beschränkt. Bis 2019 soll die Stärke auf reguläre 5000 Soldaten und 3000 Reservisten anwachsen, mit dem Fernziel, als *Kosovo Armed Forces* in die NATO integriert zu werden.

Der besondere kosovarische verfassungsrechtliche Minderheitenschutz verlangt nicht nur bei verfassungsändernden Gesetzen eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit, sondern zudem ein ebenso hohes zustimmendes Quorum der parlamentarischen Minderheitenvertreter. Für den 5. Mai stand die Abstimmung über eben dieses Wehrgesetz auf der Tagesordnung. Geschlossen blieben jedoch die 20 parlamentarischen

Minderheitenvertreter der Entscheidung fern und lösten damit ursächlich die Selbstauflösung des Parlaments am 7. Mai aus.

Der Abstimmungsboykott war aber nicht ausschließlich gegen den Aufbau von kosovarischen Streitkräften gerichtet. Es ging diesen Parlamentariern, insbesondere den zehn Serben, um die Beibehaltung der verfassungsrechtlich reservierten Plätze für die ethnischen Minderheiten. Bislang waren für die serbische Minderheit zehn Sitze und für weitere Volksgruppenminderheiten ebenfalls zehn Sitze garantiert vorbehalten – ohne dass sich das in den Mandaten ihrer Parteien widerspiegeln musste. Jeder in der Wahl tatsächlich gewonnene Platz wurde zu den zehn Mandaten addiert.

Der vom UN-Sondergesandten Martti Ahtisaari ausgearbeitete Plan, der der kosovarischen Verfassung zugrunde liegt, legt jedoch fest: Ab der dritten Legislatur nach der Unabhängigkeit (also der kommenden) bilden die erzielten Mandate der Parteien der serbischen sowie der sechs weiteren ethnischen Minderheiten die Basis ihrer Repräsentanz im Parlament. Eine Aufstockung auf zehn Plätze für die Serben und weitere zehn für die anderen Volksgruppen erfolgt nur dann, wenn die jeweils erreichte Zahl der Mandate darunterliegt.

Politische Szene – wer steht zur Wahl?

Der offizielle Wahlkampf begann am 28. Mai und soll zehn Tage dauern. Die Parteien starteten jedoch bereits kurz nach der Parlamentsauflösung mit ihren Wahlwerbungen. Alle Parteien, die in den Kommunen Verantwortung tragen, nutzen »kreativ« dortige finanzielle und personelle Ressourcen für den Stimmenfang. Die beiden Regierungsparteien PDK (Demokratische Partei des Kosovo) und AKR (Allianz Neues Kosovo) haben dafür auch auf nationaler Ebene erhebliche Möglichkeiten und Mittel.

Zur Wahl stehen 30 Parteien, Bündnisse und Bürgergruppen. Bei den letzten Wahlen konnten nur 13 Parteien und Bewegungen die Fünfprozenthürde überspringen und ins Parlament einziehen. Dies wird diesmal wahrscheinlich nicht anders werden.

Der programmatische Schwerpunkt der Wahlwerbung der fünf wesentlichen Parteien, PDK, AKR, LDK (Demokratische Liga des Kosovo, liberal-konservativ), AAK (Allianz für die Zukunft des Kosovo, Mitte-rechts) und VV (Vetevendosje, übersetzt: Selbstbestimmung, Mitte-links-national), liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze und Beschäftigungsförderung. Hierbei werden zum Teil fantastische Wahlversprechen gemacht, wenn zum Beispiel die PDK bis zu 50 000 neue Arbeitsplätze pro Jahr und enorme Investitionen in Bildung und Landwirtschaft in Aussicht stellt. Und das bei einer Arbeitslosenquote von etwa 40 Prozent. Die anderen großen Parteien, hier in erster Linie die größte Oppositionspartei LDK, stehen dem mit ihren Verheißungen für ökonomische Prosperität und Schutz von lokalen Produzenten in der Substanz nicht nach. Keine Partei verfügt jedoch über ein überzeugendes Finanzierungskonzept.

VV als die zweitgrößte Oppositionspartei (14 Sitze) wirbt für eine Regierungsalternative mit dem Fokus auf Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung sowie einer besseren sozialökonomischen Politikgestaltung. Nachdem sie in der Hauptstadt Prishtina am 1. Dezember letzten Jahres überzeugend mit Shpend Ahmeti die Stichwahl um das Bürgermeisteramt gewann und damit die »ewige« Machtposition der LDK brach, erhofft sie sich auch für die Parlamentswahlen einen deutlichen Stimmenzuwachs. Ihr außenpolitisches »Markenzeichen« und zugleich der »Albtraum« der westlichen Gemeinschaft – die Forderung nach einem Bürgerentscheid für oder gegen eine Vereinigung mit Albanien – spielt in ihrem Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle.

Die verschiedenen serbischen Parteien haben es geschafft, mit einer gemeinsamen Liste »Srpska« anzutreten. Antriebskraft für die gemeinsame Aufstellung ist der Wegfall der Interimsregelung über die reservierten Plätze für alle Volksgruppen nach dieser Wahl. So appelliert der serbische Spitzenkandidat, Vladeta Kostic, an seine Landsleute: »Nur geeint können wir den Sprung ins Parlament schaffen mit dem Ziel, dass wir mehr als zehn Abgeordnetensitze gewinnen.« Srpska strebt an, mindestens 15 Mandate zu erlangen. Dann hätte die Liste bei nicht eindeutigen Mehrheiten eine Chance, Teil der neuen Regierungskoalition zu werden, und damit die Möglichkeit, unliebsame Prozesse gegen die politischen Interessen ihrer Gemeinden zu blockieren. Ob an

der Regierung beteiligt oder in der Opposition: Srpska wird »innerparteilich« unter Druck geraten, denn zwei serbische Parteien, die sich der Liste angeschlossen haben, erkannten bei den Kommunalwahlen im letzten November die kosovarischen Institutionen nicht an. Für politische Analysten ist das Worst-Case-Szenario vor diesem Hintergrund, dass Srpska die Bildung der Vereinigung serbischer Gemeinden, die der kosovarisch-serbische Normalisierungsvertrag vom April 2013 vorsieht, als Zwischenschritt für finale separatistische Tendenzen betrachtet.

Wahlprognose

Aktuellen Umfragen zufolge wollen gut 28 Prozent der seit 2008 von Hashim Thaci geführten PDK ihre Unterstützung geben. Die Stammklientel dieser Partei bilden die früheren Kämpfer und Unterstützer der UCK. Auch Thaci war Mitbegründer und hochrangiger politischer Führer der UCK. Die LDK genießt derzeit Unterstützung von 24 Prozent. Die Partei wurde im Ausland durch ihren Mitbegründer und Vorsitzenden Ibrahim Rugova bekannt, der sich im Gegensatz zur UCK für den gewaltfreien Kampf der Kosovo-Albaner um ihre Unabhängigkeit einsetzte und bis zu seinem Tod 2002 erster Präsident von Kosovo war. Die VV steht in der Wählergunst gegenwärtig bei 14 Prozent. Ihr Vorsitzender Albin Kurti war wie alle gegenwärtigen Parteiführer im Widerstand gegen die serbische Vorherrschaft in Kosovo. Kurti organisierte die studentischen Rebellionen. Die heutige Opposition von VV richtet sich vorwiegend gegen die internationale Präsenz in Kosovo und die endemische Korruption in Staat und Gesellschaft. Knapp dahinter mit 13 Prozent rangiert die AAK, geführt von Ramush Haradinaj. Von Dezember 2004 bis März 2005 war er Ministerpräsident. 2008 und 2012 wurde der vormalige Unterkommandant der UCK vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag wegen Mangel an Beweisen (Zeugen verstarben auf mysteriöse Weise oder konnten sich »nicht mehr erinnern«) in allen Anklagepunkten freigesprochen. Die Wahlforschung taxiert die AKR unter der Führung des sehr erfolgreichen Unternehmers Behgjet Pacoli um die fünf Prozent, womit sie erneut wieder knapp ins Parlament käme.

Wahlprofile und Taktiken

Der gemeinsame Nenner aller parlamentarischen Parteien in diesem Wahlkampf ist die Konzentration auf den allseitig versprochenen wirtschaftlichen Aufstieg – und hier insbesondere die Entwicklung der Landwirtschaft. Hierzu haben sie mehr oder weniger konkrete Programme erstellt. Das ist ein Fortschritt gegenüber vorherigen Wahlen. Das Thema Rechtsstaatlichkeit rangiert sowohl in den Programmen als auch in den Wahlauftritten dahinter. Und das, obwohl vor Kurzem erst zehn Mitglieder der Stadtverwaltung von Prishtina wegen Korruptionsvorwürfen festgenommen wurden. Auffällig ist in diesem Zusammenhang auch der Mangel an konkreten Vorschlägen für einen funktionierenden Rechtsstaat.

Die Taktik der etablierten Parteien, mit der neuen Mitgliedschaft von prominenten Vertretern der Zivilgesellschaft zu werben, ist merklich. Beispielhaft hierfür ist der Parteieintritt von Ilir Deda, dem vormaligen Direktor des über die Landesgrenzen hinaus renommierten *Kosovo Institute for Policy Research and Development* (KIPRED), in die VV. Auffallend ist auch der Parteiwechsel von namhaften Parteimitgliedern kurz vor oder im Zuge der Parlamentsauflösung. Der bekannteste Fall ist der Parteiübertritt des bisherigen Parlamentsvorsitzenden Jakup Krasniqi, früherer Pressesprecher der UCK, von der PDK zur NK (Initiative für Kosovo), die vom ehemaligen Kommandanten der UCK und späteren Minister für Transport und Telekommunikation im Kabinett von Thaci, Fatmir Limaj, geführt wird. Hydajet Hyseni, bislang Abgeordneter der PDK, wechselte zur VV, und Bajram Kosumi, von März 2005 bis März 2006 Ministerpräsident, trat von der AAK zur AKR über.

In den Parteizentralen werden bereits jetzt Umfragen auf mögliche Koalitionen hochgerechnet. Möglich ist eine Große Koalition zwischen PDK und LDK. Politische Beobachter können sich aber auch eine Regierung von PDK und AAK vorstellen. Welche Bündnisse auch immer geschlossen werden, sie reflektieren nicht in erster Linie den größten gemeinsamen »programmatischen« Nenner ihrer Parteien, sondern Machtstreben von Führern, die sich alle aus der Widerstands- und Kampfzeit kennen und übereinander sehr gut Bescheid wissen.

Sondergericht zur Untersuchung von Kriegsverbrechen in Kosovo

Am 23. April stimmte das Parlament nach langem Zögern und auf erheblichen internationalen Druck (u.a. Joe Biden) mit einer Stimmenmehrheit von 89 von 120 der Gründung eines Sondergerichts zur Untersuchung potenzieller Kriegsverbrechen der UCK zu. Wie nicht anders zu erwarten, stimmte die VV gegen diese Entscheidung. Über alle Klagen gegen den so empfundenen internationalen »Zwang« hinweg waren sich Regierung und die führenden Parteien in der Beurteilung einig: Bei einer Weigerung hätte der UN-Sicherheitsrat ein solches Tribunal etabliert. Ministerpräsident Thaci und AAK-Parteichef Haradinaj begründeten ihre positive Haltung damit, dass danach jedenfalls der Befreiungskampf der UCK ein für alle Mal vom Vorwurf, Kriegsverbrechen begangen zu haben, entlastet sei.

2010 hatte der Schweizer Abgeordnete des Europarats Dick Marty in dessen Auftrag einen Untersuchungsbericht mit massiven Anschuldigungen gegen vormalige UCK-Führer, u.a. Hashim Thaci, veröffentlicht, der darlegte, diese seien am Organhandel von gefangenen Serben sowie an Auftragsmorden beteiligt gewesen.

Das Gericht soll im Rahmen der kosovarischen Gesetzgebung handeln, aber außerhalb in einem EU-Land angesiedelt sein und mit internationalen Richtern und Staatsanwälten (Hauptankläger John Clint Williamson/USA) besetzt werden. Dazu muss die kosovarische Verfassung geändert werden. Das wird Aufgabe der kommenden Legislatur sein. Wahrscheinlich wird das Gericht mit Blick auf etliche noch zu klärende juristische und organisatorische Problemkomplexe erst 2015 seine Arbeit aufnehmen.

Kosovarische Politiker beklagen die mangelhafte Informationspolitik der EU hierzu und wundern sich lautstark, warum nicht das Mandat des Tribunals in Den Haag für die Untersuchung von Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien verlängert wird und dann auch die Kosovo-Problematik untersucht. Auch hätte man dort längst ebenfalls den Kasus UCK verhandeln können.

Die AAK und die PDK, beide aus der UCK hervorgegangen, gehen davon aus, dass ihre Parlamentarier nicht vor dem Tribunal angeklagt werden. Aber sicher können sie sich dessen nicht sein, denn über Xhavit Haliti als lei-



tenden Funktionär der PDK besitzen die westlichen Sicherheitsdienste seit Jahren dicke Dossiers. Eine Anklage wird demnächst erwartet. Weil die Namen aller potenziellen Angeklagten jedoch erst in den nächsten Monaten bekannt werden, könnte man unterstellen, dass vorgezogene Wahlen durchaus im Interesse beider Parteien lagen. Mit so manchem prominenten Kandidaten und früheren UCK-Kämpfer lassen sich jetzt noch Stimmen holen. In einigen Monaten könnte vielleicht die Person doch vor Gericht erscheinen müssen. Aber dann sind die Wahlen bereits gelaufen.

Von allen Parteien thematisiert allein VV dieses Tribunal im Wahlkampf und weist auf die vielen Ungewissheiten in Bezug auf das Sondergericht hin. Da nahezu alle Parteien ehemalige UCK-Kämpfer in ihren Reihen haben, herrscht eine Art »Omerà« zum Thema potenzielle Kriegsverbrecher.

Wahldebakel?

Alle reden von der Wahl – aber was, wenn keiner hingehet? Dies könnte sich als gar nicht so unwahrscheinlicher und fataler Ausdruck des massiven serbischen Unwillens, sich in den kosovarischen Staat zu integrieren, am 8. Juni ereignen. Die Wahlen werden erstmals auch im Norden von Kosovo abgehalten und sollen die jah-

relangen Bemühungen der EU um einen Ausgleich zwischen Kosovo-Albanern und den besonders dort negativ und abwehrend zum Staat eingestellten serbischen Minderheiten parlamentarisch krönen.

Die serbischen Bürgermeister dort wie auch in weiteren Gemeinden in Kosovo haben nun mit dem Wahlboykott gedroht. Ihre Vorwürfe: Die ZWK drucke das Kosovo-Staatswappen auf die Wahlzettel und zwingt die Serben damit, Kosovo als Staat anzuerkennen. Und: die ZWK versuche die Zahl stimmberechtigter, aus Kosovo nach Serbien geflüchteter Personen bewusst niedrig zu halten.

Bislang haben die OSZE und die ZWK etwa 26.000 Anträge von Bürgern in Serbien gesammelt und sie in die Wahlregister aufgenommen. Diese Zahl ist nach Angaben der Srpska jedoch viel zu gering. Sie geht von etwa 70.000 serbischen Wählern in Kosovo und 50.000 in Serbien aus.

Um sichere und freie Wahlen zu gewährleisten, koordinieren sich die kosovarische Polizei, die Staatsanwaltschaft, die multinationale militärische Formation KFOR unter der Leitung der NATO sowie die Rechtsstaatsmission EULEX der EU. Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Catherine Ashton, hat bereits eine 90 Personen starke Mission zur Beurteilung des ganzen Wahlprozesses vorab in den Kosovo entsandt.



Über den Autor und die Autorin

Prof. Dr. **Wulf Lapins** ist Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kosovo.

Mevlyde Hyseni ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kosovo.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-7726 | Fax: ++49-30-26935-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-893-6